

„Ein großer Wurf ist gelungen“

Stroedter: Enquete-Kommission fordert Rekommunalisierung der Energieunternehmen

Am 7. Oktober 2015 fand sich die Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“ ein letztes Mal zusammen. Eine Enquete-Kommission ist ein besonderes Gremium, das sich aus Abgeordneten und außerparlamentarischen Sachverständigen zusammensetzt. Ich hatte nunmehr rund 1,5 Jahre das Vergnügen mich als Vorsitzender der Enquete-Kommission für die Energiewende, die Rekommunalisierung der Energieunternehmen und eine arbeitsfähige Ausstattung des neu gegründeten Berliner Stadtwerks mit Erfolg einzusetzen.

Die Enquete-Kommission hat hierzu weitreichende Beschlüsse meist einstimmig im überparteilichen Konsens gefasst. Hauptaufgabe der Kommission war es, ausgehend von den bereits vorhandenen energiewirtschaftlichen Zielsetzungen des Landes, die Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen zu untersuchen und Empfehlungen für die Zukunft abzugeben. Insbesondere sollte untersucht werden, welche wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen auf die wichtigsten Einrichtungen (z.B. Stromnetz, Gasnetz, Fernwärmenetz sowie die zentralen Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen) zukommen und wie die öffentlichen und privaten Strom- und Wärmenutzer in Bezug auf Einsparungen beim Verbrauch und Erhöhung der Energieeffizienz unterstützt werden können. Dabei sollte auch geklärt werden, in wieweit ein Engagement des Landes Berlin zur Erreichung der energiepolitischen Ziele sinnvoll und notwendig ist.

Die Kommission bestand aus elf Abgeordneten und fünf wissenschaftlichen Sachverständigen, die gleichermaßen antrags- und abstimmungsberechtigt waren.

TURBULENTE DISKUSSIONEN, KONSENSUALES ERGEBNIS

Als Vorsitzender der Kommission freue ich mich, dass uns ein großer Wurf gelungen ist. Bisher hat keine andere Metropole in Deutschland so weitgehende Beschlüsse gefasst. Auch wenn unser Bericht nur einen empfehlenden Charakter für künftige Regierungshandeln hat, sind die Ergebnisse unserer Arbeit für die klima- und energiepolitischen Leitlinien Berlins beachtlich. Künftige Regierungen müssen sich über Jahrzehnte an unseren Beschlüssen messen lassen. Mir war es von Beginn an besonders wichtig, einen parteiübergreifenden Konsens für diese großen Zukunftsfragen zu erreichen. Wenn auch das



Die Enquete-Kommission „Neue Energien für Berlin“ mit ihrem Vorsitzenden Jörg Stroedter, MdA, stellv. Vorsitzender der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Foto: Henry Mazatis

Vorstellung des Abschlussberichts

Die Veröffentlichung des Abschlussberichtes erfolgt am 11. November 2015 um 18 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus, Raum 376, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin. Interessierte Gäste sind zu der öffentlichen Veranstaltung herzlich eingeladen. □

Ergebnis nun konsensual vorliegt, die Diskussionen und das Abstimmungsverhalten der Mitglieder waren bisweilen turbulent.

Bis 2050 wollen wir die „klimaneutrale Stadt“ realisieren. Klimaneutral ist eine Stadt dann, wenn sie einen Ausstoß von Treibhausgasen erzeugt, der das Weltklima unterhalb der gefährlichen Schwelle einer Erwärmung von 2 Grad halten kann (Berlin müsste seine CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 auf rund 4,4 Millionen Tonnen reduzieren, also um mindestens 85 % verglichen mit dem Basisjahr 1990).

Konkret wollen wir dieses Ziel durch den Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2020 und Steinkohle bis 2030 erreichen. Die in Berlin vorhandenen Kraftwerke Klingenberg, Moabit und Reuter-West sollen stillgelegt oder zu klimafreundlicheren Gaskraftwerken umgerüstet werden.

Die Netze zurückholen

Besonderes Augenmerk obliegt bei der Umsetzung der Energiewende dem Betrieb der Netze. Trotz der Blockadehaltung der CDU hat die SPD sich mit ihrem Ziel durchgesetzt: alle Experten und die übrigen

Fraktionen, SPD, Grüne, Linke und Piraten empfehlen dem Land Berlin die Rekommunalisierung der Strom- und Gasnetze.

Das ist ein großer Erfolg aller Abgeordneten, die für die SPD-Fraktion in der Kommission saßen: Irene Köhne, Nikolaus Karsten, Daniel Buchholz und Jörg Stroedter.

Im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf und die anschließenden Koalitionsverhandlungen im kommenden Jahr wird die Frage der Zukunft unserer Energieunternehmen im Fokus stehen.

Die aktuellen Verhandlungen des Finanzsenators mit den Eigentümern (Vattenfall in Bezug auf das Stromnetz und Vattenfall, E.ON und Engie als Anteilseigner der Gasag) zeigen, dass sich was bewegen kann, wenn es den politischen Willen dazu gibt. Eine strategische Neuausrichtung ist richtig und wichtig. Was uns bei der Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe gelungen ist, soll auch bei Strom und Gas erfolgen.

STADTWERK AUS DEM NISCHEN-DASEIN HOLEN

Wenn wir als Land Berlin die Energiewende zum Erfolg bringen wollen, müssen wir eine aktivere Rolle spielen als bisher. Die Ausgestaltung des Berliner Stadtwerks muss aus dem Nischen-Dasein raus und nach dem Vorbild des Berliner Modells ausgebaut werden. Die Enquete-Kommission hat beschlossen, dass die Erzeugung des ökologischen Stroms auszuweiten ist und auch der Handel am Energiemarkt ermöglicht werden muss. Mein Ziel ist es, dass alle Berlinerinnen und Berliner Kunde beim Stadtwerk werden können.

Die Enquete-Kommission empfiehlt auch perspektivisch zu prüfen, ob und unter welchen Bedingungen die Übernahme des Berliner Fernwärmenetzes sinnvoll sein kann. Zur Wärmegewinnung sollen zunehmend erneuerbare Energiequellen wie Solarenergie und Tiefengeothermie sowie die Biomasse angezapft werden.

Neue Technologien wie „Power-to-heat“ und „Power-to-gas“ sollen durch gezielten Einsatz an öffentlichen Gebäuden zur Marktreife verholfen werden. Darüber hinaus bleibt das Thema Effizienz aktuell: Für die Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands werden wir erhebliche Investitionen zu stemmen haben, die aufgrund des günstigen Zinsniveaus und mit Hilfe von Förderprogrammen der KfW gut finanziert werden können. Am Ende amortisieren sich die Ausgaben durch langfristige Einsparungen bei Wärme- und Energiekosten.

Jörg Stroedter □